

## NEUES PROJEKT

Garbsen bald mit  
sozialem Kaufhaus?

Labora sucht zentral gelegenen Laden

**Garbsen (wal).** Die Tage vor Weihnachten sind eine Zeit der Wünsche. Auf dem Wunschzettel von LABORA-Geschäftsführer Reiner Kaste steht eine Sache ganz oben: ein Ladenlokal. Zwischen 600 und 1000 Quadratmeter groß, möglichst mit Schaufenster und zentral gelegen. Nicht irgendwo, sondern in Garbsen. Dort würde LABORA gern ein soziales Kaufhaus eröffnen.

Es wäre mittlerweile das fünfte der „katholischen Firma mit Gemeinnützigkeit“ – nach Lehrte, Hildesheim, Peine und Sarstedt. In Garbsen wurde vor einiger Zeit ein von der Volkshochschule (VHS) getragenes Sozialmöbellager geschlossen: „Der Bedarf nach einem sozialen Kaufhaus ist da“, betont Kaste.

Wunsch und Wille wohl auch: Erste Gespräche mit der Stadtverwaltung, dem Jobcenter und auch der VHS sind nach Darstellung von Kaste positiv gelaufen – wie auch der Kontakt zur katholischen Gemeinde St. Raphael. Sein Fazit: „Eigentlich können wir loslegen – es fehlt die geeignete Immobilie.“ Denn die dürfte weder zu teuer noch zu ablegen sein.

Die Miete und die Betriebskosten muss LABORA selbst erwirtschaften

– durch den Verkauf der vorher gespendeten Waren. Denn so funktioniert ein soziales Kaufhaus: „Wir bitten um gebrauchte Möbel, Hausrat, Kleidung, Bücher, Elektrogeräte und vieles mehr, holen die Sachen kostenlos ab und verkaufen sie zu geringen Preisen weiter“, erläutert Kaste. Das Besondere: Kein Kunde braucht sich als bedürftig auszuweisen. „Wir sind halt ein Kaufhaus für gebrauchte und günstige Waren“, betont der Geschäftsführer. Und keine Konkurrenz zu anderen Läden.

Das ‚soziale‘ bezieht sich eher auf die Mitarbeiter in Verkauf und Transport: Ihre Jobs werden öffentlich gefördert und dienen vor allem ihrer Fortbildung und Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt.

Kaste möchte aber nicht nur Gebrauchtes anbieten. „Die evangelische Kirche trägt in Garbsen eine Jugendwerkstatt, die Mittagstische und eine Schulmensa mit Essen versorgt.“ Da liegt der Gedanke nahe, ob nicht über die Werkstatt ein Café in den noch zu findenden Räumen eröffnet werden kann. „Der Stadtteil hätte dann einen neuen Treffpunkt“, meint Kaste. Ein soziales Kaufhaus sei eben mehr als nur Verkauf.



Das soziale Kaufhaus von LABORA und dem Kolpingwerk in Sarstedt: Nun gibt es Planungen für einen Laden in Garbsen. Foto: Archiv

## WEITERE INFORMATIONEN

Die LABORA gGmbH hat ihren Sitz in der Schlossstr. 9 in 31224 Peine. Telefon 051 71 / 599 70, Fax 051 71 / 5997 21, E-Mail: geschaeftsstelle@labora.de.

Informationen gibt es auch im Internet unter der Adresse [www.labora.de](http://www.labora.de)

Die gemeinnützige Gesellschaft LABORA wurde 1990 gegründet und wird von der Diözese Hildesheim, der Gemeinde Hl. Engel in Peine, der Gemeinde St. Christophorus in Wolfsburg, dem Kolpingwerk Hildesheim und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Hildesheim getragen. Ziel der Gesellschaft ist es, Benachteiligte zu qualifizieren, sozialpädagogisch zu begleiten und sie dauerhaft in das Arbeitsleben einzugliedern. Dazu unterhält LABORA beispielsweise Jugendwerkstätten, Möbel-Shops, soziale Kaufhäuser, Beratungseinrichtungen für arbeitslose Menschen und außerdem Projekte wie Soziale Trainingskurse und Täter-Opfer-Ausgleich.

## BELICHTET



## „Alles doof“

Mit bitterem Humor setzten sich zahlreiche Jugendliche Anfang September für ihre Jugendwerkstätten ein. Anlass des Protestes: Durch Reformen der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik werden die 103 Jugendwerkstätten in Niedersachsen finanziell und von ihren Ausgangsbedingungen her schlechter gestellt. Die Demonstration brachte zumindest einen Teilerfolg: Mittlerweile wird in einer Arbeitsgruppe über die zukünftige Finanzierung und Arbeit der Jugendwerkstätten beraten – unter Beteiligung des Bundes- wie des Landesarbeitsministeriums und der Agentur für Arbeit. Die Jugendwerkstätten selbst sind ebenso dabei wie die Wohlfahrtsverbände. Mit am Tisch ist einer der Vertreter der Werkstätten, der Hildesheimer LABORA-Betriebsleiter Hermann-Josef Theisgen.

## Die Sache mit dem Wettbewerb

Im LABORA-Gespräch: Caritas-Direktor Hans-Jürgen Marcus zur „Instrumentenreform“

**Peine. 17/6277 und 17/6853:** Die Ziffern bezeichnen Drucksachen des Bundestages. Der Inhalt: **Gesetze einer umfassenden Reform der Förderinstrumente für Arbeitslose – mit gravierenden Nebeneffekten für Jugendwerkstätten. Zum Beispiel der „Wettbewerbsneutralität“.**

Mit der sogenannten Instrumentenreform will die Bundesregierung ihre Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten. Arbeitslose, auch Jugendliche, sollen vorrangig in Arbeit oder Ausbildung vermittelt werden. Werkstätten, die Jugendliche über Arbeitsgelegenheiten gefördert haben, stehen allerdings nun finanziell schlechter da. LABORA, die in Peine und Hildesheim zwei Jugendwerkstätten trägt, hat zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden dagegen protestiert. Doch die Probleme sind noch größer: Durch strikte Vorgaben der Bundesregierung zur Wettbewerbsneutralität geraten sie, aber auch soziale Kaufhäuser, unter Druck. Wir haben bei Dr. Hans-Jürgen Marcus nachgefragt

Zunächst: Was bedeutet Wettbewerbsneutralität?

Die Idee der Wettbewerbsneutralität soll verhindern, dass öffentlich geförderte Beschäftigung in Konkurrenz mit lokalem Gewerbe tritt. Aus meiner Sicht ist das auch in Vergangenheit kaum geschehen und wenn, hat man sich vor Ort verständigt. Die Katastrophe der neuen Vorgabe ist, dass man Jugendliche und Langzeitarbeitslose zukünftig kaum noch über ernsthafte Beschäftigung für den Arbeitsmarkt qualifizieren kann – und dies ist dringend nötig. Das Putzen von Hähnen auf Kirchtürmen ist zwar von öffentlichem Interesse, wettbewerbsneutral und zusätzlich, aber es lässt die Frage zurück, für welchen Arbeitsmarkt man dadurch qualifiziert wird.

Wie können Jugendwerkstätten oder soziale Kaufhäuser belegen, dass ihre Arbeit nicht den



Wie nah am Arbeitsmarkt darf eine Jugendwerkstatt Teilnehmern helfen? Wann beginnt die Konkurrenz beispielsweise zu Tischlereien? Für die Zukunft der Werkstätten entscheidende Fragen. Foto: Archiv

Wettbewerb mit der regionalen Wirtschaft verzerrt? Durch ein Schreiben der Handels- oder Handwerkskammer?

Unser Vorschlag war es, dass man vor Ort zu einer Verständigung zwischen Kammern und öffentlich geförderten Beschäftigungsprojekten kommt, welche Tätigkeiten wettbewerbsneutral sind. Das hat das neue Gesetz verunmöglicht. In Zukunft werden die Projekte wohl letztendlich mit dem Risiko leben müssen, dass irgendeiner die Neutralität bestreitet und dann müssen die Projekte den Nachweis erbringen, dass das nicht so ist. Trotzdem sind Abstimmungen vor Ort sinnvoll und hilfreich.

Ist das insgesamt aber nicht ein

Widerspruch: Jugendliche sollen durch Fördermaßnahmen an den ersten Arbeitsmarkt, also an einen richtigen Job oder eine Ausbildung herangeführt werden, können dieses aber nur in einem abgekoppelten Schonraum erlernen?

Das ist es ja, was ich sage. Beschäftigung ist dann qualifizierend, wenn sie nah am Ernstbereich angesiedelt ist. Langfristig muss man dahin kommen, dass auch „normale“ Betriebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anstellen können, die öffentlich gefördert werden. Dann ist das Kriterium vom Tisch und das wäre gut und qualifizierend für Arbeitslose Jugendliche und Langzeitarbeitslose.

Freie Trägerzuschüsse, Wettbe-

werbsneutralität, Bürgerarbeit, zahlreiche Paragraphen: Warum ist Sozialpolitik ein so kompliziertes Geflecht, in dem es Einrichtungen wie Labora oder die Caritas immer schwerer haben, Menschen wirklich zu helfen?

In den letzten 25 Jahren haben wir einen immensen Wechsel in den Programmen und Maßnahmen zur öffentlich geförderten Beschäftigung erlebt. Im letzten Jahr sind einige Projekte aufgegeben worden und Träger mussten in nicht unerheblicher Zahl Mitarbeitenden kündigen. Immer aufwendiger, immer kurzlebiger, aber immer verwaltungsintensiver sind die Projekte. Wir brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt mit klaren und überschaubaren Regelungen.

Wäre ein grundsätzlich öffentlich geförderter Beschäftigungsbereich, also soziale Betriebe, nicht eine sinnvolle Alternative zu immer wieder neuen Förderprogrammen?

Sie sagen es! Das ist unsere Forderung. Mit der wird die Bundesarbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit auch den Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr engagiert begleiten.

Interview: Rüdiger Wala

## UNSER GESPRÄCHSPARTNER



Dr. Hans-Jürgen Marcus ist nicht nur Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Hildesheim. Drei Jahre war er Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak). Zurzeit ist Marcus Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit (BAG IDA). Dort sind alle Caritas-Einrichtungen zusammengeschlossen, die Hilfen für Arbeitslose anbieten. Zudem ist Marcus Gesellschaftervertreter für das Bistum bei LABORA.